

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 888 848 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Detlev Samland MdEP zu den  
Stahl-Beschlüssen von EG-Mi-  
nisterrat und EG-Kommission:  
Flucht aus der Verantwortung.  
Seite 1

Gernot Erler MdB zum 'Brain-  
Drain' aus dem Osten und der  
Sorglosigkeit des Westens:  
Westliche Sicherheits- und  
russische Zukunftsinteressen  
bedenken.  
Seite 3

48. Jahrgang / 39

26. Februar 1993

### Flucht aus der Verantwortung

Zu den Stahl-Beschlüssen von EG-Ministerrat und EG-Kommission

Von Detlev Samland MdEP

Die Entwicklung gleicht der von 1982. Da haben sich die Minister der Mitgliedstaaten auch vor der Verantwortung gedrückt. Schließlich mußten sie einsehen, daß in Konkurrenz zueinander befindliche Unternehmen unfähig sind, Kapazitäten abzubauen. Und das zumal in Zeiten, in denen jeder ums Überleben kämpft und weiß, daß der überlebt, nach der Marktberingung wieder Gewinne machen kann. Dann haben sie doch die manifeste Krise nach Artikel 58 EGKS-Vertrag beschlossen. Der Unterschied zu heute besteht nur in einem - die gesamtwirtschaftlichen Daten sind wesentlich schlechter.

Der Beschluß der Untätigkeit hat aber weitere Konsequenzen:

- die Gemeinschaft verliert kostbare Zeit und überläßt es damit dem Konkursrichter die Stilllegung durchzusetzen - dann allerdings ohne Beteiligung der Unternehmen an den sozialen Folgekosten;
- die Gewerkschaften sitzen außen vor, wenn es um den Abbau von insgesamt 80.000 Arbeitsplätzen in der Gemeinschaft geht.

Wir SPD-Europaabgeordneten fordern deshalb, auch nach Gesprächen mit den Gewerkschaften aller EG-Mitgliedstaaten des Stahlsektors, EG-Kommission und EG-Ministerrat auf, endlich zu handeln und die manifeste Krise auf der Grundlage des Artikels 58 des EGKS-Vertrages auszurufen. In dem Artikel heißt es:

'Ist die EG-Kommission bei einem Rückgang der Nachfrage der Auffassung, daß sich die Gemeinschaft in einer offensichtlichen Krise befindet, ..., so hat sie nach Anhörung des Beratenden Ausschusses und mit Zustimmung des Rates ein System der Erzeugungsquoten einzuführen...'

Das von einer manifesten Krise gesprochen werden muß, ist von keinem Beobachter abgestritten worden. Klar ist: Dies ist allein auf das Versagen der Stahlindustrie und nicht der Europäischen Gemeinschaft zurückzuführen. Wer den Kapitalismus pflegt, der muß auch zur Verantwortung in Krisenzeiten stehen!

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Die Situation stellt sich wie folgt dar:

1. Zwischen 1980 und 1992 ist die Rohstahlproduktion von 138 auf 132 Millionen Tonnen in der EG zurückgegangen. Die Zahl der Beschäftigten von 600.000 auf 380.000. In Deutschland ist die Produktion von 40,5 Millionen Tonnen in 1985 auf 36,8 Millionen Tonnen in 1992 zurückgegangen. Die Zahl der Beschäftigten von 214.000 auf 156.000. Zum Vergleich liegen die Erzeugungskapazitäten bei rund 55 Millionen Tonnen. Zu den 156.000 kommen noch 19.000 Beschäftigte in Ostdeutschland. Die 13 größten europäischen Stahlkocher stellen 80 Prozent des Rohstahls her. Sie beschäftigen 94 Prozent aller Beschäftigten.
2. Ergebnis dieser Entwicklung: Katastrophaler Preisverfall der sich seit Mitte 1989 feststellen ließ. Das Ungleichgewicht zwischen einem Überangebot und einer immer noch sinkenden Stahlnachfrage auf allen Märkten sowohl der EG als auch der Welt verhindert jede Möglichkeit eines dauerhaften Anziehens der Preise sowohl innerhalb der Gemeinschaft als auch auf dem Weltmarkt. Die Preise für Flacherzeugnisse sind in den letzten beiden Jahren um 15 bis 20 Prozent eingebrochen, für Langerzeugnisse ist die Lage noch schlimmer: - 25 bis 30 Prozent, bei einigen Produkten wie Beton- und Stabstahl sogar - 40 Prozent. Auch im Export waren keine Gewinne zu erzielen, da die Preise (neben der Dollarabwertung) noch weiter zurückgingen.
3. Die Produktionskosten sind sehr unterschiedlich: Während British Steel, das ganz erhebliche Anpassungen in den letzten vier Jahren hinter sich gebracht hat, mit Arbeitskosten von 31 DM pro Tonne auskommt, braucht Usinor Sacilor (Frankreich) 38 DM und die deutschen Unternehmen 47 DM.
4. Es muß auch mit der Mär des Osteuropadumpings aufgeräumt werden. Richtig ist, daß der osteuropäische Stahlanteil in Europa etwa fünf Prozent ausmacht in Deutschland etwa 4,5 Prozent (circa 1,8 Millionen Tonnen). 1991 lag er etwa bei zwei Prozent. Der Grund dafür ist einfach. Die östlichen Absatzmärkte brechen ebenfalls zusammen, der Stahlverbrauch ist von 1988 bis 1991 von 220 Millionen Tonnen auf 160 Millionen Tonnen zurückgegangen. Wer allerdings die westeuropäischen Märkte schließt, der muß auch die Frage beantworten, wie diese Staaten ihre Ökonomien aufbauen und die westeuropäischen Kredite zurückzahlen sollen.
5. Die Konsequenz daraus ist eindeutig:
  - die Absatzmöglichkeiten lassen auch in der Zukunft keine deutliche Entwicklung in Richtung der Absatzzahlen von 1988 bis 1991 erwarten; es handelt sich um einen strukturellen Rückgang; die Stahlindustrie ist eben in keinem hochindustrialisierten Land ein großer Beschäftigungsträger; deshalb müssen Kapazitäten abgebaut werden - das ist heute schwieriger als 1982 bei der letzten großen Krise; hier rächt sich auch die betriebs- und volkswirtschaftlich kurzsichtige Verhaltensweise der Stahlkonzerne in fast allen EG-Ländern (Ausnahme: Großbritannien);
  - Abbau der Kapazitäten kann nicht allein den Unternehmen überlassen werden; der Bericht des EG-Koordinators Braun weist hier 25,8 Millionen Tonnen Rohstahl und 17,9 Millionen Tonnen Warmwalzerzeugnisse, davon 5,2 Millionen Tonnen Flacherzeugnisse und 12,7 Millionen Tonnen Langerzeugnisse aus; alle Sachkundigen gehen davon aus, daß dies noch nicht ausreicht, sondern um 11,6 Millionen Tonnen Warmwalzerzeugnisse ergänzt werden muß, da es sich ja auch nur um Kapazitäten handelt, deren mittlere Auslastung auf der Ebene der warmgewalzten Erzeugnisse bei 35 Prozent lag; nur bei Ausrufung der manifesten Krise ist sichergestellt, daß die Arbeitnehmer bei diesem Prozeß angemessen (über den Beratenden Ausschuß) beteiligt werden.
  - Stahlpolitik war immer auch Regionalpolitik, dies gilt für Spanien, Italien, Frankreich und die Bundesrepublik; deshalb wird auch dieser Aspekt eine Rolle spielen müsse, was nur möglich ist, wenn Artikel 58 EGKS-Vertrag zur Wirkung kommt; dabei ist aber klipp und klar, daß eine Beihilfegenehmigung für den Neubau, wie zum Beispiel bei Eko Stahl in Eisenhüttenstadt (Dünnbrammenwalzanlage) entsprechende Entscheidungen für Italien und das Baskenland nach sich ziehen; das verlängert nur den Tod auf Raten, denn

es verringert den Kapazitätsabbau; es ist deshalb trotz der spezifischen Probleme in Ostdeutschland unverantwortlich;

- die Kosten für die Stilllegung der Kapazitäten werden auf circa 14 Milliarden DM in Europa geschätzt; die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln ist nur denkbar, wenn sich die Unternehmen, die nach der Sanierung übrig bleiben an den Kosten beteiligen; das Motto 'was interessieren mich meine Gewinne von gestern, jetzt muß der Steuerzahler zahlen', kann nicht Grundlage für diesen Prozeß sein; bei diesen Kosten muß endlich auch einmal mit dem Irrglauben aufgeräumt werden, die EGKS-Reserven könnten bei Auflösung die Finanzierung sicherstellen. Selbst bei Auflösung aller Reserven, was weder sinnvoll noch möglich ist, ständen nicht mal eine Milliarde ECU zur Verfügung; andererseits kann auch nicht das verfrühstückt werden, was über Kredite einerseits zur Stützung der Konjunktur geeignet ist (und damit auch zum Absatz von Stahl) und andererseits auch für die Weiterentwicklung (Forschung) und den Bergbau benötigt wird;
- für die Bundesrepublik bedeutet es, Aufgabe von unrentablen Standorten, forcierter Strukturwandel in den Bereichen Umwelt/Recycling, Materialentwicklung, Energietechnologiein; keine neuen Standorte mit öffentlichen Mitteln fördern; Fusionen; Beteiligung der Unternehmen an den Kosten und unter dieser Bedingung Finanzierung eines Teils der Maßnahmen durch die Mittel des EGKS und der Strukturfonds durch Auflage einer neuen Gemeinschaftsinitiative RESIDER; damit dieser Prozeß strukturiert ablaufen kann. Durchführung einer nationalen Stahlkoordination.

(-/26. Februar 1993/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Westliche Sicherheits- und russische Zukunftsinteressen bedenken** **Zum 'Brain-Drain' aus dem Osten und der Sorglosigkeit des Westens**

Von Gernot Erier MdB

Wenn einem Land die Wissenschaftler und Spezialisten im wahrsten Sinne des Wortes abhauen, dann steht es schlecht um die Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft dieses Landes. Als 'Brain Drain' ist dieses Phänomen schon seit Jahrzehnten aus der Dritten Welt bekannt. In den letzten Jahren leiden die Länder Osteuropas und der GUS, taumelnd in ihren Rezessions- und Transformationskrisen, darunter, daß sie ihre Grundlagenforscher und Spezialisten weder ernähren noch gar fördern und halten können. Betroffen sind oftmals Forscher von Weltgeltung, etwa die Physiker des weltbekannten Landau-Instituts in Moskau, deren berühmteste Vertreter man heute leichter in Israel, Rom oder Paris antrifft als in der russischen Hauptstadt.

Mit einem ersten Workshop zum Thema 'Brain-Drain und International Cooperation' in Rehovot/Israel nahm sich Pugwash im Mai 1992 dieses Problems an. Mitte Februar dieses Jahres fand der 2. Workshop zum selben Problem in Stockholm statt. Dort kam man zu einer ziemlich ernüchternden Bestandsaufnahme der Chancen, daß Hilfsmaßnahmen des Westens den 'Brain-Drain' aufhalten könnten. Denn eines wurde inzwischen deutlich: Der Westen sorgt sich allein, wo ex-sowjetische Atomwissenschaftler und andere Waffenspezialisten von 'unsicheren Regierungen' besonders des Nahen Ostens angeworben werden könnten. Naturgemäß sieht er die Verluste für die östlichen Volkswirtschaften, aus denen künftig auch parziell Konkurrenz auf dem Weltmarkt werden können, wesentlich getassener.

Bei der 'Personal-Proliferation' gilt aber ein Widerspruch zwischen den Sensationsberichten in der Presse und den nachweisbaren Fakten. Nachrichtendienstliche Erkenntnisse besagen,

daß bis heute die Indienstellung nicht eines einzigen ex-sowjetischen Atomspezialisten in einem sensiblen Land nachgewiesen werden kann. Zwar sollen sich mehr als 40 Nuklearfachleute aus der ehemaligen Sowjetunion in Israel aufhalten, einige Techniker für den Irak und zwei Spezialisten für Libyen arbeiten - aber belastbare Belege für diese Gastarbeitsverhältnisse existieren nicht. Übrigens ebenfalls nicht für die Verbringung tatsächlich waffenfähigen Materials auf nahöstliche oder westliche Märkte.

So wundert es nicht, daß ein anfänglich spektakulär angekündigtes Projekt heute bei westlichen Regierungen keine so hohe Priorität mehr genießt: Die Rede ist von dem "Internationalen Wissenschafts- und Technologiezentrum" (IWZ), das schon 1992 seine Arbeit zur Beschäftigung einkommensloser Nuklearspezialisten Rußlands in neuen, waffenfernen Projekten aufnehmen sollte. Was einmal aus der Sorge um die Zukunft der 2000 ex-sowjetischen Atomwaffenspezialisten und 3-5000-anderen Plutonium- und Uranfachleuten entstand und vom deutschen Ex-Außenminister Genscher besonders forciert wurde, dümpelt heute noch immer ohne praktischen Effekt vor sich hin.

Am Geld für das Zentrum, dessen Plan auf den Februar 1992 zurückgeht, fehlt es nicht. Die EG spendierte 20 Millionen ECU, die Vereinigten Staaten garantierten 25 Millionen US-Dollar, Japan 17 Millionen, so daß ca. 67 Millionen Dollar bereitstehen, die Schweden, Kanada und die Schweiz noch um 8 Millionen Dollar erweitern wollen. Am 15. Mai 1992 wurde der Text eines "Memorandum of Understanding" abgeschlossen und am 27. November letzten Jahres von der EG, den USA, Rußland und Japan unterzeichnet. Zwar weit seit dem 8. Februar dieses Jahres eine EG-Delegation in Moskau, um die Programme vorzubereiten, aber noch fehlt die Ratifizierung durch das russische Parlament, und einen verbindlichen Zeitpunkt für dessen Zustimmung kann niemand nennen. Nicht besser steht es um ein paralleles Projekt mit der Ukraine, das am 18. Mai 1992 mit den Vereinigten Staaten, Kanada und Schweden bei einem Budget von 13 Millionen Dollar verabschiedet wurde: Die Kiener Abgeordneten zweifeln mittlerweile offen am Sinn eines solchen Vorhabens.

Inzwischen haben sich nicht nur die westlichen Sorgen weitgehend verflüchtigt, die immer nur der Proliferation galten. Nachdem die russische Politik neuerdings versucht, Unabhängigkeit zu demonstrieren und Anschluß an die 1991 verlorene Weltmachtrolle zu gewinnen, wird Brain Drain in Moskau jetzt stärker unter dem Gesichtspunkt der Gefahr eines unerwünschten Know-how-Transfers in den Westen gesehen. Noch gibt es zwar keine geordnete Wissenschaftsförderungspolitik, wohl aber ein in der Praxis strenger werdendes Regime gegen die Außenkontakte zum physischen und wissenschaftlichen Überleben der russischen Spezialisten. Unter diesen Umständen erschwert sich die Lage der Wissenschaftler noch weiter.

Der Pugwash-Workshop in Stockholm kam denn auch schlüssig auf eine abnehmende Hoffnung in westliche Hilfe gegen Brain Drain. Überhaupt setzt man weniger auf staatliches Handeln als auf die Kooperation der "scientific community": Längst gibt es maßgeschneiderte Programme an Universitäten und Instituten, die mit alljährlich einigen Monaten bezahlten Westaufenthalten den GUS-Kollegen ein "Überwintern" ermöglichen. Die Hauptschwierigkeit besteht darin, unter den Bedingungen weltweit sich ausbreitender Sparbudgets genügend Fonds zur Finanzierung solcher Programme ausfindig zu machen. Es wäre trotzdem fahrlässig, das IWZ und andere vergleichbare Ideen zu vernachlässigen. Jede Chance, die ex-sowjetischen Nuklearspezialisten in neuen, zivilen Forschungsprojekten einzusetzen, sollte genutzt werden: im Sinne westlicher Sicherheits- und russischer Zukunftsinteressen.

(-/25. Februar 1993/rs/fr)

\*\*\*\*\*